

Allgemeine Mandatsbedingungen

von

huebnerrecht, Cornelia Hübner, Wöschbacher Str. 31, 76327 Pfinztal

Im Weiteren: „Rechtsanwältin“

Diese Allgemeinen Mandatsbedingungen gelten für alle Verträge zwischen der Rechtsanwältin und einem / einer Mandatierenden, die gerichtet sind auf

- die Erteilung von rechtlichem Rat und Auskunft,
- eine anwaltliche Geschäftsbesorgung (z. B. außergerichtliche Vertretung, Erstellung von Verträgen etc.) oder
- die Vertretung in einem gerichtlichen oder behördlichen Verfahren zum Gegenstand haben
im Weiteren: „**Mandat**“ oder „**Beratungsleistung**“),
- für die Vertragsanbahnung sowie für Folgeverträge.

1 Zustandekommen und Umfang des Mandats

Der Mandatsvertrag kommt erst zustande, wenn die Anwältin den Mandatsantrag des / der Mandatierenden annimmt. Der Umfang des Mandats ist durch den Mandatsantrag des / der Mandatierenden begrenzt. Sofern nicht durch Vereinbarung wenigstens in Textform ausdrücklich anders vereinbart,

- a. wird die Rechtsanwältin die Rechtssache des/der Mandatierenden sorgfältig prüfen, ihn über das Ergebnis der Prüfung unterrichten und gegenüber Dritten die Interessen des / der Mandatierenden im jeweils beauftragten Umfang rechtlich vertreten;
- b. bezieht sich die Beratungsleistung ausschließlich auf das Recht der Bundesrepublik Deutschland;
- c. umfasst die Beratungsleistung keine steuerrechtliche Beratung. Steuerliche Auswirkungen hat der / die Mandatierende durch fachkundige Dritte auf eigene Veranlassung und Kosten klären zu lassen. Der Rechtsanwältin sind etwaige steuerrechtliche Gestaltungsanforderungen rechtzeitig mitzuteilen.
- d. wird die Beratungsleistung ausschließlich gegenüber dem Mandatierenden erbracht. Die Rechtsanwältin übernimmt gegenüber Dritten keine Haftung oder Verantwortlichkeit, soweit diese nicht durch schriftliche Vereinbarung ausdrücklich in den Schutzbereich des Mandats einbezogen werden;
- e. ist die Rechtsanwältin zur Einlegung von Rechtsmitteln (z. B. Berufung gegen ein erstinstanzliches Urteil) und Rechtsbehelfen nur dann verpflichtet, soweit dies durch Vereinbarung wenigstens in Textform ausdrücklich als Mandatsinhalt vereinbart wurde.

2 Vergütung

Die Abrechnung des Mandats erfolgt nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG), soweit nicht eine individuelle Vergütungsvereinbarung mit der Rechtsanwältin geschlossen wurde.

Die für die Tätigkeit der Rechtsanwältin nach dem RVG anfallenden Gebühren richten sich, mit Ausnahme von Strafsachen oder bestimmten sozialrechtlichen Angelegenheiten, nach dem Gegenstandswert des Mandats und/oder nach einer gesondert vereinbarten Vergütungsvereinbarung.

Werden in außergerichtlichen Angelegenheiten niedrigere als die im RVG vorgesehenen Gebühren vereinbart, ist eine solche Vereinbarung nur verbindlich, wenn sie mindestens in Schrift- oder Textform geschlossen wurde.

Es wird darauf hingewiesen, dass die gegnerische Partei, ein Verfahrensbeteiligter oder die Staatskasse im Falle der Kostenerstattung regelmäßig nicht mehr als die gesetzliche Vergütung erstatten muss.

3 Beginn der Tätigkeit

Eine Verpflichtung zum Tätigwerden der Rechtsanwältin besteht frühestens mit Annahme des Mandats und nach Ablauf eines etwaigen Widerrufsrechts bzw. vor dessen Ablauf mit einem ausdrücklichen Verlangen des / der Mandatierenden mit dem Inhalt:

„Ich verlange ausdrücklich, dass die Rechtsanwältin bereits vor Ablauf der 14-tägigen Widerrufsfrist mit der Mandatsbearbeitung beginnen und stimme einem entsprechenden Beginn der Mandatsbearbeitung zu. Die Rechtsanwältin hat mich darauf hingewiesen, dass mein Widerrufsrecht schon vor Ablauf der 14-tägigen Widerrufsfrist erlischt, wenn die Rechtsanwältin zuvor ihre anwaltliche Leistung vollständig erbracht hat.“

4 Verschwiegenheit

Die Rechtsanwältin ist berufsrechtlich zur Verschwiegenheit verpflichtet. Diese Pflicht bezieht sich auf alles, was der / die Mandatierende ihr im Rahmen des Mandats anvertraut oder was der Rechtsanwältin sonst bekannt wird. Insoweit steht ihr grundsätzlich ein Zeugnisverweigerungsrecht zu. Sie ist jedoch berechtigt, zur Erfüllung eigener steuerlicher Pflichten den Finanzbehörden die Mandatsbeziehung (Name, Adresse, Umsatzsteuer-ID des / der Mandatierenden, Gegenstand des Mandats und Höhe und Zusammensetzung der Vergütung) offenzulegen.

Sofern der / die Mandatierende die Inanspruchnahme einer von ihm unterhaltenen Rechtsschutzversicherung wünscht und die Rechtsanwältin beauftragt, Versicherungsleistungen in Anspruch zu nehmen, ist die Rechtsanwältin unwiderruflich von ihrer Verschwiegenheitsverpflichtung befreit.

H



5 Kommunikation

Die Rechtsanwältin kommt ihrer Informationspflicht durch die Nutzung eines der von dem/der Mandatierenden mitgeteilten Kommunikationswege nach. Die insoweit von dem/der Mandatierenden mitgeteilten Kontaktdaten sind bis zur Mitteilung einer Änderung maßgeblich. Wünscht der / die Mandatierende etwas abweichendes, wird er der Rechtsanwältin hierzu eine Weisung wenigstens in Textform erteilen.

Der / Die Mandatierende wird darauf hingewiesen, dass insbesondere die Kommunikation per E-Mail nicht vor Zugriffen Dritter geschützt ist, sofern beim Sender und beim Empfänger nicht technische Vorkehrungen (insbesondere Verschlüsselung, keine Verwendung des HTML-Formats) getroffen wurden.

6 Haftungsbeschränkung

Die Haftung der Rechtsanwältin aus dem zwischen ihr und dem / der Mandatierenden bestehenden Mandat auf Ersatz eines durch einfache Fahrlässigkeit verursachten Schadens ist auf EUR 1.000.000,00 beschränkt (§ 52 Abs. 1 S. 1 Ziff. 2 Bundesrechtsanwaltsordnung). Diese Haftungsbeschränkung gilt nicht bei grob fahrlässiger oder vorsätzlicher Schadensverursachung, ferner nicht für eine Haftung für schuldhaft verursachte Schäden wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit einer Person.

Die Rechtsanwältin hat eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen, die je Versicherungsfall 2.000.000 EUR abdeckt; die Gesamtleistung des Versicherers für alle Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres beträgt das Doppelte dieser Versicherungssumme. Sofern der / die Mandatierende wünscht, eine über diesen Betrag hinausgehende Haftung abzusichern, besteht für jeden Einzelfall die Möglichkeit einer Zusatzversicherung, die auf Wunsch und Kosten des / der Mandatierenden abgeschlossen werden kann.

7 Beendigung des Mandats

Der Mandatsvertrag ist von dem / der Mandatierenden jederzeit, von der Rechtsanwältin unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende kündbar. Das Recht für beide Seiten zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

Die Kündigung der Vollmacht und des Mandatsvertrag bedarf mindestens der Textform (E-Mail, Telefax).

Die Verpflichtung zur Aufbewahrung der Handakten und Herausgabe der Urkunden, gleich welcher Art, erlischt 6 Monate nach Beendigung des Mandats.



8 Abtretung

Rechte aus dem Mandat dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der Rechtsanwältin abgetreten werden.

9 Schlichtungsstelle und Gerichtsstand

Zuständige Verbraucherschlichtungsstelle in Deutschland für vermögensrechtliche Streitigkeiten aus einem Mandatsverhältnis ist die Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft, Neue Grünstraße 17, 10179 Berlin.

Die Rechtsanwältin ist nicht verpflichtet, an einem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen.

Als Gerichtsstand wird der Sitz der Rechtsanwältin vereinbart, sofern der / die Mandatierende Unternehmer ist oder unabhängig davon für den Fall, dass der / die Mandatierende nach Auftragserteilung den Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort aus dem Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland verlegt oder der Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist.

Leistungsort ist der Sitz der Kanzlei der Rechtsanwältin, es sei denn, es wird schriftlich ein anderer Leistungsort ausdrücklich vereinbart.

10 Schlussbestimmungen

Die beigefügte

Anlage 1: Informationen zu einem Widerrufsrecht bei Fernabsatzverträgen und

Anlage 2: Mandanteninformation zum Datenschutz gemäß Art. 13 DSGVO (Informationspflichten)

sind wesentliche Bestandteile dieser allgemeinen Mandatsbedingungen.

Für alle vertraglichen Beziehungen zwischen dem Mandatierenden und der Rechtsanwältin gilt ausschließlich das materielle Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Sollte eine dieser Mandatsbestimmungen unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Regelungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Regelung verpflichten sich die Parteien, eine Regelung zu vereinbaren, die wirtschaftlichen Gehalt der unwirksamen Regelung am Nächsten kommt.

Anlage 1

Widerrufsrecht bei Fernabsatzverträgen

Sofern der / die Mandatierende Verbraucher im Sinne des § 13 BGB ist, das Mandat ausschließlich unter Einsatz von Fernkommunikationsmitteln zustande kam und der Vertragsschluss im Rahmen eines von der Rechtsanwältin für den Fernabsatz organisierten Vertriebs- und Dienstleistungssystems erfolgte, steht dem / der Mandatierenden ein Widerrufsrecht zu.

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen.

Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsabschlusses.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns (huebnerrecht, Cornelia Hübner, Wöschbacher Str. 31, 76327 Pfinztal, mail@huebnerrecht.de, Telefax: 0721 6655 6397) mittels einer eindeutigen Erklärung (z. B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigefügte Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistungen während der Widerrufsfrist beginnen sollen, so haben Sie uns einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrags unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

Muster-Widerrufsformular (nicht vorgeschrieben)

An:

**huebnerrecht, Cornelia Hübner, Wöschbacher Str. 31, 76327 Pfinztal,
per Post, E-Mail: mail@huebnerrecht.de oder Telefax: 0721 6655 6397**

Hiermit widerrufe(n) ich/wir,

.....
(Vorname, Nachname, Straße, PLZ Ort)

den von mir/uns abgeschlossenen Vertrag über die Erbringung der folgenden Dienstleistung
Rechtsberatung in folgender Angelegenheit:

.....

.....
Datum / Unterschrift



Anlage 2: Mandanteninformation zum Datenschutz gemäß Art. 13 DSGVO (Informationspflichten)

Im Rahmen der Mandatierung ist es erforderlich, persönliche Daten des / der Mandatierenden sowie der Gegner:innen zu erheben und zu verarbeiten.

Nachfolgend gebe ich Informationen, um welche personenbezogenen Daten es sich handelt sowie über die Rechte als betroffene Person und teile die Stelle mit, die für die Datenverarbeitung verantwortlich ist.

1 Name und Anschrift des Verantwortlichen

huebnerrecht, Cornelia Hübner
Wöschbacher Str. 31, 76327 Karlsruhe
Telefon: 0721 6659 7472
E-Mail: mail@huebnerrecht.de
Internetseite: <http://www.huebnerrecht.de/>

2 Hinweise zur Datenverarbeitung

- 2.1 Im Rahmen des Mandatsverhältnisses verarbeiten wir personenbezogene Daten, die für die Abwicklung des Mandats notwendig sind. Ohne diese Informationen können wir das Mandat nicht ordnungsgemäß bearbeiten.
- 2.2 Die Verarbeitung erfolgt ausschließlich elektronisch unter Nutzung von Software.
- 2.3 Für die administrative Verwaltung unserer IT-Infrastruktur (Hard- und Software) sowie die Behebung von Systemfehlern und die Wartung unserer Systeme, haben wir einen externen Dienstleister beauftragt. Dieser wird als Auftragsverarbeiter i.S.d. Art. 28 DSGVO tätig und erhält unter Umständen Kenntnis von personenbezogenen Daten unserer Mandanten. Auftragsverarbeiter

wählen wir sorgfältig aus. Sie sind an unsere Weisungen gebunden und werden regelmäßig kontrolliert. Im Übrigen erfolgt nur dann eine Offenlegung Ihrer Daten gegenüber anderen Empfängern, wenn wir auf dies nachfolgend gesondert hinweisen.

3 Beschreibung der verarbeiteten Datenkategorien und -quellen

- 3.1 Die Daten erheben wir in der Regel direkt bei dem / der Mandatierenden. Die Erhebung erfolgt grundsätzlich mit Erteilung des Mandats über einen Mandats-erfassungsbogen.

- 3.2 Zu den verarbeiteten Kategorien personenbezogener Daten gehören

Mandantenstammdaten:	Vorname, Nachname, Namenszusätze, Geburtsdatum
Kontaktdaten:	private Anschrift, (Mobil-)Telefonnummer, E-Mail-Adresse
Bankdaten:	Bankverbindung
Weitere Daten, wie z.B.	Beruf, Rechtsschutzversicherung, Versicherungsnummer, Selbstbeteiligung, Identifikationsnummer, Name und Anschrift der Gegner und deren Prozessbevollmächtigten
Bei gesellschaftsrechtlichen Angelegenheiten z.B.:	Art und Umfang der Beteiligung an Unternehmen, Staatsangehörigkeit, Daten der Mitgeschafter
Bei erbrechtlichen Angelegenheiten z.B.	Name, Geburtsdatum und Anschrift der Angehörigen, Daten über den Ehestatus

4 Rechtmäßigkeit der Verarbeitung

- 4.1 Wir verarbeiten personenbezogenen Daten unter Beachtung der Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG), der Berufsordnung für Rechtsanwälte (BORA) sowie allen weiteren maßgeblichen Gesetzen und nur für zulässige Zwecke und soweit sie sich auf eine entsprechende Rechtsgrundlage stützen lassen.



4.2 Dazu im Einzelnen:

4.2.1 Verarbeitungszwecke:

Die Verarbeitung der unter Ziff. 4.1. genannten Daten erfolgt zum Zwecke der Identifikation des / der Mandatierenden, der rechtlichen Beratung und Vertretung und der damit verbundenen Korrespondenz, ferner zur Rechnungstellung, zur Abwicklung evtl. vorliegender Haftungsansprüche sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen den / die Mandatierenden, zur Interessenkonfliktprüfung sowie zur Erfüllung eigener gesetzlicher und vertraglicher Informations-, Mitteilungs-, Auskunft-, Aufbewahrungs- und sonstiger Pflichten.

Weiterhin werden personenbezogene Daten des / der Mandatierenden genutzt (Name, Geburtsdatum, E-Mail-Adresse, Anschrift), um diese über aktuelle rechtliche Entwicklungen zu informieren, zu Kanzleiveranstaltungen einzuladen sowie für den Versand von Glückwünschen und jahreszeitlichen Grüßen.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten zum Zwecke der Vertragsdurchführung ist Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO.

Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO rechtfertigt die Verarbeitung für die Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen.

Die Wahrung berechtigter Interessen des Verantwortlichen bzgl. der Abwicklung des Zahlungsverkehrs einschl. der Forderungsbeitreibung und Erfüllung von Berufspflichten sowie für die og. sozialen Zwecke erfolgt auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO.

Art. 6 Abs. 1 lit. a.) DSGVO erlaubt die Verarbeitung auf Grundlage einer Einwilligung. Soweit eine solche vorliegt, hat der Betroffene das Recht, diese jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

4.3 Speicherdauer:

Personenbezogene Daten werden bis zur vollständigen Erreichung des Erhebungszwecks gespeichert. Die Löschung erfolgt nach Ablauf der steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (insbesondere aus HGB und AO) bzw. der berufsrechtlichen Aufbewahrungspflichten für

Rechtsanwälte (sechs Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde, § 50 BRAO).

4.4 Weitere Verarbeitungstätigkeiten

Verarbeiten wir von Ihnen personenbezogene Daten für einen bislang nicht genannten Zweck, informieren wir Sie hierüber gesondert und erbitten ggf. Ihre Einwilligung.

5 Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten

Innerhalb der Kanzlei erhalten die Personen Zugriff auf Ihre personenbezogenen Daten, die diese zur Erfüllung vertraglicher und gesetzlicher Pflichten benötigen.

Darüber hinaus ist es uns gestattet, Ihre personenbezogenen Daten an weitere Empfänger außerhalb des Unternehmens zu übermitteln, soweit dies zur Abwicklung des Mandatsverhältnisses erforderlich ist.

Beispielsweise sind dies die nachfolgenden Empfänger:

- Gerichte
- Prozess- und Verfahrensgegner und deren Vertreter
- Vollstreckungsorgane und Drittschuldner
- Haftpflichtversicherungen

Das anwaltliche Berufsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Berufsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit dem / der Mandatierenden.

6 Übermittlung an Drittländer

Ihre Daten werden nicht in Länder außerhalb eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder in einen anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum übermittelt.



7 Hinweise zu den Betroffenenrechten

Dem / der Mandatierenden stehen aufgrund der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten als betroffene Person i.S.d. DSGVO., soweit die Voraussetzungen der jeweiligen Regelung erfüllt sind, folgende Rechte gegenüber dem „Verantwortlichen“ im datenschutzrechtlichen Sinne zu:

- 7.1 Recht auf Auskunft, Art. 15 DSGVO: Das Recht von dem Verantwortlichen Auskunft darüber zu verlangen, ob dieser die betroffene Person betreffende personenbezogene Daten verarbeitet. Trifft dies zu, hat die betroffene Person ein Recht auf Auskunft über die in Art. 15 DSGVO aufgeführten Informationen.
- 7.2 Recht auf Berichtigung der personenbezogenen Daten, Art. 16 DSGVO: Die betroffene Person hat gemäß Art. 16 DSGVO gegenüber dem Verantwortlichen ein Recht auf Berichtigung bzw. Vervollständigung sie betreffender personenbezogener Daten, soweit die sie betreffenden personenbezogenen Daten unrichtig bzw. unvollständig sind.
- 7.3 Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“), Art. 17 DSGVO: Nach Maßgabe des Art. 17 DSGVO hat die betroffene Person das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten gelöscht werden, soweit diese für das Mandat und zur Erfüllung gesetzlicher Pflichten (z. B. Aufbewahrungspflichten) nicht mehr erforderlich sind.
- 7.4 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 DSGVO: Die betroffene Person hat unter den Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen.
- 7.5 Recht auf Unterrichtung, Art. 19 DSGVO: Gegenüber dem Verantwortlichen steht der betroffenen Person gemäß Art. 19 DSGVO das Recht zu, über die Empfänger unterrichtet zu werden, denen die sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden und denen gegenüber der Verantwortliche ihre Geltendmachung der Rechte auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung ihrer Daten mitgeteilt hat.

- 7.6 Recht auf Datenübertragbarkeit, Art. 20 DSGVO: Unter den Voraussetzungen des Art. 20 DS-GVO hat die betroffene Person das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Sie hat das Recht, unter den Voraussetzungen des Art. 20 DS-GVO diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln. Sie hat das Recht, zu erwirken, dass die personenbezogenen Daten direkt von einem Verantwortlichen einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist.
- 7.7 Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung, Art. 21 DSGVO: Nach Maßgabe von Art. 21 DSGVO hat die betroffene Person das Recht, jederzeit gegen die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder lit f erfolgt, Widerspruch einzulegen.
- 7.8 Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung, Art. 7 DSGVO: Der betroffenen Person steht nach Art. 7 DSGVO das Recht zu, ihre Einwilligung zur Verarbeitung sie betreffende personenbezogene Daten jederzeit zu widerrufen.
- 7.9 Recht der Beschwerde bei einer Datenschutz-Aufsichtsbehörde, Art. 77 DSGVO: Unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe hat die betroffene Person gemäß Art. 77 DSGVO das Recht auf Beschwerde beim Datenschutzbeauftragten oder bei einer Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten durch mich gegen die DSGVO oder andere Gesetze verstößt.

